

KLEINE ANFRAGEN

250 000 Franken
für Marke Liechtenstein

VADUZ – Der Abgeordnete Paul Vogt wollte von der Regierung wissen, wie die Marke Liechtenstein geschaffen wurde und wie hoch die Kosten dafür sind. Dazu Regierungschef Otmar Hasler: «Die Stiftung Image Liechtenstein erteilte den Auftrag zum Markenaufbau nach einem Verhandlungsverfahren. Zu diesem wurden zwei anerkannte Branding-Agenturen eingeladen.» Dem Verhandlungsverfahren seien intensive Recherchen zum Thema «Ländermarken» vorausgegangen, nachdem die Entwicklung einer nationalen Marke als mögliche Massnahme angeregt wurde. Die Nachforschungen hätten ergeben, dass das Spezialgebiet «Länderbranding» weltweit nur von sehr wenigen Kommunikationsagenturen bearbeitet wird. «Das Vergleichsergebnis der Interviews mit den Agenturen gab den Ausschlag zugunsten von Wolff Olins. Länder-Branding ist ein Spezialgebiet, das bisher von keiner liechtensteinischen Kommunikations- bzw. Werbeagentur behandelt wird.» Der Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein entschied jedoch im November 2003, dass nach Einführung der Marke die Weiterentwicklung des Projekts an liechtensteinische Unternehmen zu übergeben sei. Die Entwicklung der Marke Liechtenstein hat rund 250 000 Franken gekostet.» (pk)

Wertvolle Mittelinseln

VADUZ – Ivo Klein informierte sich bei der Regierung über die geplante Kreuzungsanlage in Mauren. Im Rahmen der Sanierung der Peter-Kaiser-Strasse in Mauren solle die bei der Abzweigung Wegacker stehende Ampel entfernt werden. Zur Sicherung des Schulwegs soll eine Insel gebaut werden. Dazu der Regierungschef: «Vorweg gilt es festzuhalten, dass die Auflösung der Fussgängerampel an der Peter-Kaiser-Strasse im Bereich der Einmündung Wegacker bereits im Rahmen der Projektierung eingehend diskutiert und überprüft wurde. Durch den Einbau einer Fussgängerinsel, wie dies bereits an diversen Orten im Land ausgeführt wurde, beispielsweise an der Feldkircherstrasse in Schaan inklusive Entfernung der Fussgängerampel, Landstrasse Triesen Post inklusive Entfernung der Fussgängerampel sowie an der Landstrasse Vaduz, werden die Laufwege der Fussgänger bei der Querung der Fahrbahn wesentlich verkürzt.» Neueste Untersuchungen der Beratungsstelle für Unfallverhütung hätten ebenso gezeigt, dass die Lösung mit einer Mittelinsel ohne Ampelanlage gerade für querende Fussgänger bezüglich Unfallhäufigkeit und Unfallschwere die beste Lösung darstellt.» (pk)

Ausländische Schulen

VADUZ – Hugo Quaderer wollte von der Regierung Auskunft über die liechtensteinischen Schülerzahlen im Ausland. Dazu hielt Regierungschef-Stellvertreterin Kieber-Beck fest, dass gemäss aktuellem Meldestand derzeit 135 Schülerinnen und Schüler, welche ihren Wohnsitz in Liechtenstein haben und somit hier schulpflichtig sind, eine Schule im Ausland besuchen.» (pk)

Sinnvolle Heizungen

VADUZ – Paul Vogt wollte von der Regierung wissen, ob sie die Möglichkeit sehe, vermehrt in öffentlichen Gebäuden Hackschnitzelheizungen einzusetzen. Dazu Regierungschef Otmar Hasler: «Hackschnitzelheizungen sind umweltpolitisch grundsätzlich als sehr positiv zu bewerten. Soweit die Hackschnitzel aus den eigenen Waldressourcen stammen, sind sie auch energiepolitisch zur Reduktion der Auslandsabhängigkeit bedeutsam. Auf der Grundlage des Energiespargesetzes hat der Staat verschiedene kommunale Hackschnitzelanlagen zur Beheizung öffentlicher Bauten subventioniert. Der Einsatz von Hackschnitzelheizungsanlagen ist bei jedem Projekt einzeln auf dessen Zweckmässigkeit hin zu überprüfen.» Der Einsatz einer Hackschnitzelheizung könne beim neuen Landtagsgebäude unter den Kriterien der Zweckmässigkeit überprüft werden.» (pk)

Ein herzlicher Empfang

Bundesministerin Elisabeth Gehrer bei S. D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz



VADUZ – Anlässlich des gestrigen Arbeitsgesprächs von Österreichs Bildungsministerin Elisabeth Gehrer bei ihrer liechtensteinischen Amtskollegin Rita Kieber-Beck wurde nicht nur über die weitere und engere Zusammenarbeit in Bildungsfragen diskutiert. Neben der feierlichen Unterzeichnung eines so genannten «Memorandum of Understanding» zwischen den beiden engagierten Ministerinnen, in welchem die Stärkung der Bildungsregion definiert wird, folgte auch ein Besuch auf Schloss Vaduz. S. D. Erbprinz Alois gab gestern Nachmittag einen Empfang und empfing die beiden Botschafterinnen des lebenslangen Lernens. Unser Bild zeigt Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und Österreichs Bildungsministerin Elisabeth Gehrer (rechts) beim Empfang mit S. D. Erbprinz Alois. (pk)

Gleiche Chancen für Behinderte

Entwurf für Behindertengleichstellungsgesetz vor Abschluss

VADUZ – Im Rahmen einer kleinen Anfrage erkundigte sich der FDP-Abgeordnete Alois Beck bei der Regierung nach der von der Regierung angekündigten Vorlage eines Behindertengleichstellungsgesetzes. Nach Auskunft von Sozialminister Hansjörg Frick wird der Entwurf demnächst von der Regierung verabschiedet.

Alois Beck bezeichnete die Gleichstellung von behinderten und nicht-behinderten Menschen als zentrales politisches Anliegen: «Die Beseitigung von Hindernissen ist für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben eine unabdingbare Voraussetzung für die Chancengleichheit von behinderten Menschen.» Die Regierung hat eine Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs für ein Behindertengleichstellungsgesetz eingesetzt. Auf eine entsprechende kleine Anfrage von Alois Beck hat die Regierung im März-Landtag dieses Jahres ausgeführt, dass im Juni 2004 ein Vernehmlassungsbericht zum



Engagiert sich stark für die Chancengleichheit von behinderten Menschen: der FDP-Landtagsabgeordnete Alois Beck.

Behindertengleichstellungsgesetz vorliegen sollte, und der entsprechende Bericht im Oktober-Landtag behandelt werden könne. Wie Sozialminister Hansjörg Frick sagte, kann dieser optimistische Zeitplan nicht eingehalten werden.

Schutz vor Diskriminierung

Regierungsrat Hansjörg Frick sagte, die Arbeitsgruppe habe den Entwurf für den Vernehmlassungsbericht mittlerweile vorgelegt: «Der Entwurf sieht ein allgemeines Diskriminierungs- und Belästigungs-

verbot von Menschen mit Behinderungen vor, zudem werden Vorschriften zum Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt vorgeschlagen. Des Weiteren sind namhafte Verbesserungen für Menschen mit Behinderung insbesondere in den Bereichen der Bauten und Anlagen und der Verkehrswege und Verkehrsanlagen sowie im Bereich des öffentlichen Verkehrs vorgesehen.»

Mitte 2005 im Landtag

Der Regierung sei die Gleichstellung von behinderten und nicht-behinderten Menschen in unserer Gesellschaft ein grosses Anliegen, erklärte Hansjörg Frick, der den Zeitplan wie folgt skizzierte: «Das Ressort wird noch in diesem Monat die Bearbeitung des Entwurfs abschliessen. Das Ressort Soziales geht davon aus, dass der Gesetzesentwurf bis Mitte Oktober von der Regierung zur Vernehmlassung verabschiedet werden wird. Die Regierung rechnet damit, dass die Vorlage im ersten Halbjahr des nächsten Jahres dem Landtag unterbreitet werden kann.» (MF)

Zukunftsbüro wird schon bald Realität

Regierungschef Otmar Hasler gab im Landtag Auskunft über den Stand

VADUZ – Anlässlich der Ansprache zur Eröffnung der LIHGA 2004 erwähnte Regierungschef Otmar Hasler, dass die Regierung ein Zukunftsbüro plane. Roland Büchel (VU) ersuchte den Regierungschef dazu im Landtag im Rahmen einer kleinen Anfrage um nähere Details.

Auf die Frage, was man sich unter einem solchen Büro konkret vorstellen könne und welche Ziele und Aufgaben diese Einrichtung erfüllen soll, sagte Regierungschef Hasler: «Die Regierung wird ein Zukunftsbüro einrichten, in welchem Zukunftsfragen, die der Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung des Landes im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung (Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft) dienen, übergeordnet bearbeitet werden. Damit wird das Zukunftsbüro einen wichtigen Beitrag leisten, Ideen und Projekte anzugehen und umzusetzen, die einer prosperie-

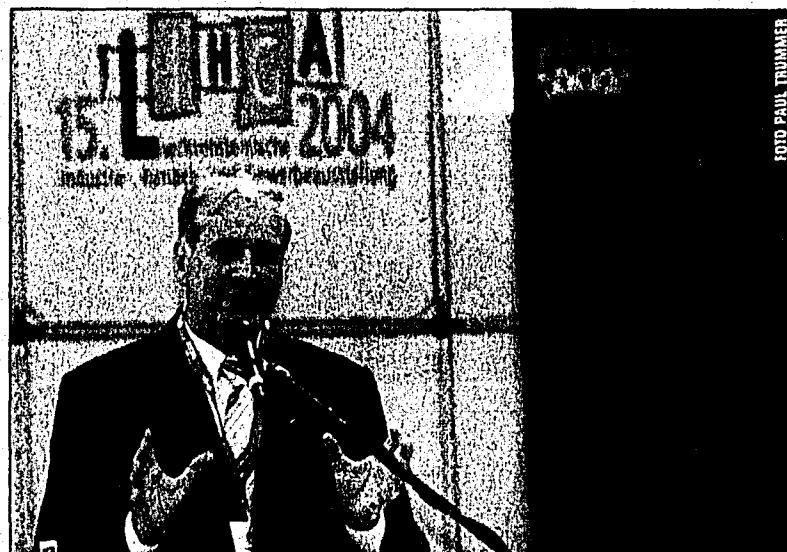
renden Zukunft dienen. Nicht zuletzt soll mit dieser Massnahme auch die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen wahrgenommen werden.»

Vorbereitung vor Abschluss

Wie der Regierungschef ausführte, sind die Vorbereitungsarbeiten für ein solches Büro bereits weit gediehen: «Die inhaltlichen Vorbereitungsarbeiten für die Schaffung eines Zukunftsbüros stehen vor dem Abschluss, ein entsprechendes Konzept liegt vor. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass dieses Büro noch im Herbst 2004 eingerichtet wird.»

Keine Zusatzmittel nötig

Personell und organisatorisch soll das Zukunftsbüro bei der Stabsstelle für Wirtschaft angesiedelt werden, welche wiederum direkt der Regierung zugeordnet und administrativ dem Regierungschef unterstellt ist. Dadurch, so der Re-



An der LIHGA-Eröffnung liess Regierungschef Otmar Hasler mit der Idee eines Zukunftsbüros aufhorchen – schon bald soll das Büro so weit sein.

gierungschef, wird es zu keinen Doppelspurigkeiten und inhaltlichen Überschneidungen mit der Stabsstelle für Wirtschaft kommen. Wie Otmar Hasler ausführte, wird das Zukunftsbüro «aus den beste-

henden Budgetmitteln finanziert und zu keinen zusätzlichen finanziellen Aufwendungen führen. Personell wird es zu einer Umbesetzung innerhalb der Landesverwaltung kommen.» (MF)